

Thesen zu

„Arm sein in Saus und Braus. Der Streit um die Grundsicherung“ – Streitgespräch am 19.März 2007, Linz

von Margit Appel, ksoe (Kath. Sozialakademie Österreichs)

Der Sozialstaat hat eine zentrale Funktion für die Qualität unseres **demokratischen Systems**. Die Selbstverständlichkeit politischer Partizipation (meine Selbstsicht als politisches Subjekt, als Bürger / Bürgerin) und die gewählten Ausdrucksformen politischen Handelns hängen mit dem gesellschaftlichen Status zusammen – und der bestimmt sich wesentlich über **Streitforum**

- den Grad an sozialer Sicherheit, über den Menschen verfügen.
- Gegenstand politischer Beteiligungsprozesse muss auch die Wirtschaftspolitik sein, und die theoretischen Grundlagen der Ökonomie, auf die sich Wirtschaftspolitik jeweils bezieht. Die zentrale Orientierungsfrage für gesellschaftliche Verständigungsprozesse heißt: „**Welche Gesellschaft wollen wir?**“. Dass von dieser kritischen Nachfrage die Vor- und Nachteile der aktuellen Wirtschaftsweise – nämlich unseres kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems – nicht ausgenommen sein können, liegt auf der Hand. Je nach der Antwort auf die gestellte Frage, hat die Ökonomie - als ein wichtiger gesellschaftlicher Teilbereich - ihren Dienst dazu zu leisten, nicht aber die gesellschaftlichen Verhältnisse zu dominieren.
- Aus diesen beiden Einstiegsbemerkungen ergibt sich ein erster Anspruch an Grundsicherung: ihr Ausgangspunkt müssen die **sozialen Menschenrechte** sein, die es als „Dritte im Bunde“ braucht, um die bürgerlichen und die politischen Rechte wahrnehmen zu können. Ziel einer solchen Grundsicherung muss die Würde, die Selbstbestimmung und die Existenzsicherung jedes Menschen sein. Plakativ formuliert: Gutes Leben für alle!
- Von diesem Anspruch ausgehend heißt das, jede Form materieller und sozialer Grundsicherung muss so gestaltet sein, dass sie **nicht ausschließlich die Interessen gut organisierter Bevölkerungsgruppen** (kollektivvertraglich abgesicherte Normalarbeitsverhältnisse; Männer, HerkunftsösterreicherInnen) absichert und auch nicht vorrangig privatwirtschaftliche Interessen stützt.
- Sie muss vielmehr so gestaltet sein, dass sie alle Menschen am vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum beteiligt, d.h. **umverteilende Wirkung** hat. „Die ökonomische Grundlage der Demokratie ist aber nicht die Freiheit des Kapitals, sondern die Verteilungsgerechtigkeit, die nur durch vernünftige Rahmenbedingungen für das Kapital hergestellt werden kann.“ (Robert Menasse)

- Kapitalismus führt von selbst weder zu Wohlstand und Fortschritt, leider nicht einmal in jedem Fall zu „Armut in Würde“ (Das zeigt sich in unserem Nahbereich, z.B. in Deutschland mit den Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze; in der Slowakei mit den Auswirkungen der Flat-Tax-Politik, die ganze Regionen als Armutszonen belässt; das zeigt sich aber auch in der globalen Dimension, z.B. an den unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den sogenannten „Schwellenländern“). Kein ökonomisches System kann Wohlstand für alle für sich allein garantieren, daher ist die **Gestaltungsmacht demokratischer Institutionen** so ein wichtiges Thema. Den starken Staat, der seiner Verantwortung zur Umverteilung nachkommt, braucht es im Bereich von Wirtschafts- und Sozialpolitik viel mehr als im Bereich innerer und äußerer Sicherheit.
- Der Sozialstaat hat zweifellos größte Bedeutung für die Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Ohne Sozialleistungen würde die Armutsgefährdungsquote der österreichischen Gesamtbevölkerung 42% betragen, durch die Sozialleistungen wird sie auf 13% abgesenkt! Die **Finanzierung des Sozialstaates** muss auf eine möglichst breite Basis gestellt werden: „nach ihrem Vermögen“ sollen sich alle daran beteiligen! In den landesüblichen Debatten wird Entsolidarisierung vor allem am unteren Ende der Einkommensskala geortet, wenn Bilder bemüht werden von Leistungsunwilligen, die der Allgemeinheit auf der Tasche liegen. Ungerechtfertigt weniger im Blick ist das entsolidarisierende Verhalten der obersten Einkommensgruppen, die sich nicht einmal mehr der Mühe unterziehen darzustellen, auf welcher außerordentlichen Leistung ihre außerordentlichen Einkommen beruhen.
- In der Debatte um Grundsicherung darf es ruhig auch darum gehen, dass sich Leistung lohnen soll, es darf um die Bedeutung der Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft gehen und darum, ein möglichst tätiges Leben zu führen. Es kann nicht darum gehen, mit rigiden Auflagen zu Arbeitswilligkeit, Vermögensverwertung und Lebensführung bestimmte gesellschaftliche Gruppen zu stigmatisieren, ihr **Verhalten anzuprangern** und dabei an der prinzipiellen Fehlsteuerung **gesellschaftlicher Verhältnisse nichts zu verändern** – ja, es vielleicht auch gar nicht zu wollen.
- Wie aussichtsreich ist das, wofür ich hier plädiere? Dazu noch einmal Robert Menasse „Die Frage ist zunächst nicht, wie aussichtsreich etwas ist, sondern wie notwendig. **Alles Notwendige wird zwangsläufig aussichtsreich**“